

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtboten.

Unparteiisches Tageblatt

für Chemnitz und die Vororte: Altchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Ebersdorf, Fürt, Gablenz, Glösa, Hilbersdorf, Kappel, Reußstadt, Schönau.

Abonnementbestellungen, vierjährig, 125 Pf. (Bart. 40 Pf.), monatlich, 42 Pf. (Bart. 15 Pf.), nehmen an die Verlagsveredition u. Ausgabestellen in Chemnitz u. obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der An- geler nur b. d. Postanstalten — Postzts. Liste 7. Nachtrag Nr. 1059 — (vierjährig, 150 Pf.) bestellt werden. Annoncen-Annahme für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittag.

Verlags-Edition: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino)

Für Frau Ernestine versch. Zimmermann, geb. Reichel, ist Herr Louis Wagner hier als Abweichenheitsordnung bestellt worden.

Königliches Amtsgericht Chemnitz, Abt. E., den 21. April 1884.

Im Handelsregister für den Stadtkreis des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Sollum 2523 das Geschäft der Firma Max Weber (vorm. L. & C. Thronig) in Chemnitz eingetragen.

Chemnitz, am 22. April 1884.

Königliches Amtsgericht, Abteilung B.

Nr. 2.

In der Straße gegen den Schuhmachergegen Johann Georg Franz Buchta aus Badische wegen Rantzen wird der Fleischergeselle Carl Friedrich Richter aus Neustadt, dessen Aufenthaltsort zur Zeit unbekannt ist, zu seiner Vernehmung als Zeuge auf

den 5. Mai 1884 Vormittag 1/10 Uhr vor das Königliche Schwurgericht Chemnitz hiermit geladen.

Alle Polizeibehörden werden erucht, Richter beim Beitreten auf diese Verhandlung auferksam zu machen und anher zu weisen.

Chemnitz, am 23. April 1884.

Rat. Staatsanwalt ist beim Landgericht.

St. A. P. 2/84. IV. 83. Dr. Knabe.

Kluge.

Am Gastehaus „zur Weißbahn“, Theaterstraße Nr. 32 hier, sollen

Sonnabend, den 26. April 1884 Vormittag 1/12 Uhr

5 Pferde, 1 Jagdwagen, 4 Küstwagen, 1 Wirtschaftswagen, 1 Korbwagen und 6 Pferdegespanne gegen vorstige baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Chemnitz, am 24. April 1884.

Alt. Range, G.-G.

Hausverkauf.

Das zum Nachlass des Gutsbesitzers Friedrich Robert Fritsching in Furt gehörige, in Gablenz an der Claus- und Bernhardstraße-Cate gelegene Hausgrundstück, fol. 382 des Grund- und Hypothekenbuches und Nr. 94, 1. Abteilung des Brandstatters für Gablenz, in welchem bisher die Fleischerei betrieben worden, soll auf Antrag der Erben

am 29. Mai 1884, Mittags 12 Uhr, im Grundstück selbst

freiwilliger Weise öffentlich versteigert werden.

Grundstücksbeschreibung und Kaufbedingungen können althier und im

Geschäft zur Kenntnis in Gablenz eingesehen werden.

Chemnitz, den 22. April 1884.

Königliches Amtsgericht, Abteilung E.

Kunze.

Bestellungen auf den „Chemnitzer Anzeiger“

für die Monate Mai und Juni zum Preise von 85 Pf. (durch die Post, einschließlich Postaufschlag, 100 Pf.) werden von allen Postauktions- und Ausgabestellen, sowie auch von der Verlags-Edition, Chemnitz, Theaterstraße 48, entgegengenommen. Am 1. Mai beginnen wir im unterhaltenden Theile mit der romantischen Erzählung von Joh. Schröder:

Am Waldenstein.

Tageschronik.

26. April.

- 470. v. Chr. Sokrates gest.
- 1521. Magdeburg gest.
- 1711. David Hume geb.
- 1787. Uhland gest.
- 1815. Böhme, Orient-Meister, gest.
- 1859. Prantzkett ersch. in Wien den Einmarsch in Piemont als Kriegsfall.
- 1877. Eröffnung des russischen und österreichischen Kriegsmünztes.
- 1881. General von der Tann gen.
- 1881. Der Dichter Müller von der Werra gest.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich. Die Abreise des Kaisers nach Wiesbaden ist sicherlich vermehrt nach vorläufig auf den Monat Mai verschoben, und darüber höchstwahrscheinlich die Grundsteinlegung für das Reichstagsgebäude noch vorher stattfinden. Neben der ungünstigen Witterung hat die Rückicht auf den Zustand der Kaiserin zum Abschluß der Kurzreise Anlaß gegeben. Das Befinden der Kaiserin giebt zwar, wie verlautet, jetzt zu Besorgnissen keinen Anlaß mehr, doch wird die hohe Frau zunächst das Bett nicht verlassen, um einen etwaigen Rückfall möglichst zu vermeiden.

In der Sitzung des Reichstags vom Mittwoch waren die Bänke äußerst schwach besetzt, doch kam es zu keiner Ausszählung des Hauses. Von den auf der Tagesschranke stehenden Initiativvorschlägen gelangte zunächst der Antrag der Abg. Ebert-Büchtemann (deutschfre. Partei), betreffend die Errichtung einer Pension für alle im Reichsdienst beschäftigten Zivilpersonen, resp. deren Hinterbliebenen ohne Rücksicht auf das Dienstalter, zur Debatte. Abg. Büchtemann begründete den Antrag durch den Hinweis darauf, daß den vom Reiche angestellten Beamten in Unglücksfällen noch lange nicht genügende Sicherung zu Theil werde, und was im Speziellen auf die Eisenbahn- und Postbeamten, sowie auf die in den Diensten des Reiches beschäftigten Arbeiter hin. Von konservativer Seite sprach sich Abg. von Kellner dahin aus, daß die Linke wieder einmal eine Vorlage vom Reichstanzler fordere, die sie nachher doch nur beklagen und ablehnen werde. Gerade die Linke habe das Unfallversicherungs- und das Beamtenpensionsgesetz bisher nicht zu Stande kommen lassen; möge sie doch mit positiven Vorschlägen hervortreten. Von Abg. v. Venda und v. Bernuth in dieser Angelegenheit das Wort ergriffen hatten, wurde der erwähnte Antrag an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Der nun folgende Antrag des Polen Czarinski, die polnische Sprache im Gerichtsverfahren statutär zuzulassen, wurde, nachdem die Abg. Windthorst, Graf (Eischoff) und Rittinghausen (Soz.-Dem.) dafür, die Abg. Witt, von Urach-Bomst und zum Theil auch der Abg. v. Uechtritz-Steinkirch dagegen gesprochen, an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Bei dem Antrag Stauffenberg, betreffend die Erhebungen über die Zulässigkeit der Pensionsansprüche an Militärs, deren im Kriege erlittenen inneren Dienstschäden erst nach dem Brüsselstermin hervorgegangen sind, erklärte der preußische Kriegsminister unter dem Beifalle des Hauses ein diesbezüglicher Gesetzentwurf sei bereits dem Abgliefe nahe, die Regierung hoffe, die Zustimmung des Reichstages zu demselben zu erhalten. Der Antrag Stauffenberg wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Der Reichstag trat gestern Nachmittag in die erste Verhandlung des Militär- u. Zivilpensionsgesetzes ein. Namens der nationalliberalen Partei sprach der Abgeordnete v. Bernuth, welcher sein Bedauern darüber aussprach, daß die Regierung im vorigen Jahre das Befandkommen des Gesetzes verhindert habe. Was das Militärpensionsgesetz anlangt, so sei schon im Jahre 1879 die Frage der Kommunalsteuerung der Offiziere angetreten. Es sei also natürlich, daß im vorigen Jahre, als die Frage der Erhöhung der Pensionen von der Regierung anregt wurde, die Kommission die Regelung der Kommunalsteuerung der Offiziere mit jener Frage verknüpft habe. Auch seine, des Redners, Partei habe sich dem angegeschloßen; denn es sei nur billig, daß man, wenn man auch das Dienstentommen der Offiziere von der Besteuerung freilege, doch das Privatvermögen derselben heranziehe; auch an dem Punkte halte seine Partei fest, daß dem Pensionsgesetz über die Jahre 1870/71 hinaus rückwärtige Kraft gegeben werden müsse. Hierauf wandte sich der Abg. Graf v. Moltke unter lautloser Stille des Hauses gegen diese Aussicht. Er ging davon aus, daß die finanzielle Tragweite des Gesetzes weit überschätzt werde. Die Mehrzahl der Offiziere sei arm und es gebe nur wenig wohlhabende. Nur halte er es für unbillig, die Offiziere zu den Kommunalosten heranzuziehen, denn es stehe fest, daß die Kommunen so gut wie nichts für ihre Garnisonen tun, den Offizieren würde also für ihre Stützen keine Gegenleistung geleistet. Etwas anderes sei es in Bezug auf die Steuern an das Reich, an den Staat, den Schalter der gesellschaftlichen Ordnung, die müsse der wohlhabende Offizier ebenso zahlen, wie jeder andere Staatsbürger, aber an die Städte Steuern zu zahlen, habe der Offizier keine Verantwortung; es sei außerdem auch eine Pflicht der Danckbarkeit, das Gesetz zu bewilligen, das Männer zu Gute kommen solle, die ihr Blut für das Vaterland vergossen haben. Namens der Volkskartei trat sodann Abg. Mayer (Württemberg) für die Kommunalsteuerung der Offiziere ein. Abg. Dr. Reichensperger (Olpe) schloß sich im Wesentlichen den Ausführungen des nationalliberalen Redners an. Abg. Fecht. v. Ronneburg bezweifelte die Möglichkeit, die Frage der Kommunalsteuerung der

Offiziere bei diesem Gescheh zu lösen zu bringen und empfahl in liegenden, dem Pensionsgesetz inhaltliche Kraft zu verleihen. Abg. Richter (Hagen) befand auf der Forderung der kommunalen Steuerpflicht der Offiziere, und betonte, daß seine Partei ohne die Gleichstellung des Offiziers und Beamten dem Gesetz nicht zustimmen werde. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff wendete sich dagegen, daß bei der Beratung über ein Militärpensionsgesetz zunächst über ein Kommunalsteuergesetz debattiert werde, und erwiderte dann den Abg. Mayer und Richter. Nachdem noch Abg. Windthorst seinen Standpunkt präzisiert und die Regierung dringend ersucht hatte, ob denn wirklich durchschlagende Gründe vorhanden seien, die Kommunalsteuer-Angelegenheit nicht zum Abschluß kommen zu lassen, wurde schließlich die Vorlage der derselben an eine aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission, welcher der Antrag Ebert-Büchtemann überwiesen ist, mit überwiesen.

Die Konservativen sprechen sich gegen die Windthorfschen Abänderungen. Anträge zum Sozialistengesetz aus „Kreuz-Ztg.“ und „Reichsbote“ belämmern die Anträge ebenfalls und bestehen auf einfacher Annahme oder Ablehnung des Gesetzes. Es ist nicht zweifelhaft, daß in der Kommission die Amendingen Windthorfs mit Hilfe der Freikirchen zunächst zur Annahme gelangen werden. Vermöglich ist auf dem sozialistischen Kongress in Copenhagen beschlossen worden, daß sich die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen in denselben Wahlkreisen, wo ihre Kandidaten nicht in Betracht kommen, der Abstimmung enthalten sollen. Die sozialistische Reichstagsfraktion hat aber gestern beschlossen, in Falle einer Reichstagsauflösung wegen des Sozialistengesetzes eine Proklamation an die sozialistischen Gesinnungsgenossen zu erlassen, in welcher denselben in Abetracht der veränderten Situation empfohlen wird, bei allgemeinen, sowie Stichwahlen dort, wo sozialdemokratische Kandidaten nicht in Betracht kommen, für diejenigen Kandidaten zu stimmen, die sich gegen das Sozialistengesetz erklärt resp. die, wenn sie schon Mitglieder des Reichstags waren, gegen die Verlängerung des Gesetzes gestimmt hatten.

Die bevorstehende Vermählungsfeier des Prinzen von Wettberg mit der Prinzessin Viktorie von Hessen-Darmstadt wird am Darmstädter Hof eine Reihe von Fälschlichkeiten vereinigen. Bekanntlich weiß die Königin von England nebst der Prinzessin Beatriz bereits in Darmstadt; weiter dürfen hier zur Stunde auch das deutsche Kronprinzenpaar in Begleitung des Prinzen Heinrich und der Prinzessin Viktorie eingetroffen sein, und für den 2. d. M. ist das Eintreffen des Fürsten von Bulgarien, des Bruders des Bräutigams, angekündigt.

Dem Bundesrat ist ein Gesetzentwurf, bet. die Bewilligung von Geldmitteln aus Reichsfonds behufs Einrichtung von Post-Dampfschiff-Verbindungen mit überseeischen Ländern, zugegangen.

Österreich-Ungarn. Heute liegen abermals zwei Nachrichten vor, welche von neuen anarchistischen Unruhen handeln. Die eine derselben wurde von uns gestern durch ein Telegramm bereits mitgeteilt. In Krakau schiedete nämlich ein Individuum gegen das Gebäude der dortigen Polizei-Direktion eine mit Dynamit gefüllte Petarde, welche bei heftiger Detonation explodierte. Viele Fensterscheiben, namentlich die der im Amtsgebäude befindlichen Wohnung des Polizeidirektors, wurden hierbei zerplattet. Der Thäter selbst wurde so schwer verwundet, daß er ohnmächtig niedergestürzt und unverzüglich ins Spital gebracht werden mußte. Weiterhin wird aus Krakau in dieser Hinsicht gemeldet, daß das Individuum, welches die Petarde beim Polizeigebäude geworfen habe, Stanislaw Malaniewicz heißt und ungefähr 20 Jahre alt sei. Stanislaw Malaniewicz stammt aus Warschau und war Gehilfe bei einem Goldgießer. Gleich nach dem Attentate begab sich eine Gerichtskommission in das Spital; doch wurden die Wunden Malaniewiczs als nicht schwer beurteilt und derselbe ins Gefängnis überführt. Es wurden bei ihm ein geladener Revolver und eine Schachtel mit eingeschlossenen Patronen gefunden. Er wollte die Petarde durch einen Fenster in ein Büro der Polizei werfen, um daselbst die Explosion zu bewirken, wurde jedoch erwischt und warf in der Flucht und Verwirrung die Petarde an die Wand, wodurch großes Unglück verhütet wurde. Malaniewicz wollte eingestandene Waffen für die Verhaftung eines Gesinnungsgenossen Rache nehmen. — Die zweite Nachricht kommt aus Berlin, indem von hier aus gemeldet wird: Der Gendarm Moritz Wader, Nationalist in Hufschwitz, einem Vorort Brunn, ist seit Sonntag abgängig. Montag Nachts wurde ein zweiter Gendarm, Namens Wolech, behufs Nachsuchung ausgeschickt, jedoch auch dieser ist bisher nicht zurückgekehrt. Heute früh begab sich der Wachmeister auf die Suche und recherchiert noch. Da Wader ein pflichtstrenger, nüchterner, gewissenhafter Mann ist, so ist eine Desertion ausgeschlossen. Es wird befürchtet, daß er von den in seinem Major zahlig vorliegenden Anarchisten, mit denen er öfter anhandelt, angefallen wurde. Wader ist 26 Jahre alt und ein gebürtiger Wiener.

Frankreich. In Frankreich ist auf die Feierlichkeiten von Cahors eine gewisse politische Stille gelegt, die nur durch die in

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 24. April.

Berlin. Die Kommission des Reichstages für das Aktiengesetz nahm den Entwurf der Vorlage an, welcher den Minimalbetrag für Aktien auf Namen auf 2000 und für Aktien auf Zahler auf 100 Pf. feststellt.

Wien. Der Brigadier Fürstbischof Leis ist plötzlich gestorben. — Der achtzehnjährige Krakauer Altonäder Malaniewicz verweigerte jede Auskunft, wer ihm die Petarde, die aus eisernem Topf bestand, gegeben hat. — Abg. v. Leis' Leichenbegängnis findet morgen auf dem jüdischen Friedhof statt.

Wien. Die Einladung zur Konferenz blieb jedenfalls auch an Russland (welches mit dem egypt. Liquidationsgesetz nichts zu thun hat. Ned.) ergebn, ebenso die Einladung überhaupt ergebn. Wenn dieselbe erfolgt, ist fraglich, da der Wunsch der französischen Regierung, das Programm zu erweitern, neuerdings einen Aufschub nötig machen dürfte, und die formelle Einladung erst erfolgen wird, wenn alles geordnet ist.

Wien. Wenn der demnächst zusammenretende kroatische Landtag wieder turbulente Szenen verursachen sollte, so ist die ungarische Regierung entschlossen, den verfassungsmäßigen Zustand in Kroatien sofort auf unbestimmte Dauer zu suspendieren und das vorjährige Budget auch für diesesmal als „gesetzlich“ anzusehen.

London. Der „Times“ wird aus Kairo gemeldet, daß der Khedive auf Abur Boscha's Vorschlag Scherif, Riaq, alle Minister und Notabeln zu einer Versammlung auf morgen berufen habe, um über die Lage zu berathshägen und Vorschläge zu machen. In einer Unterredung mit dem Korrespondenten erklärte Khedive, daß eine gemischte Regierung nur durch ihn geleitet werden könne; er sei bereit abzudanken, wenn England die Absicht habe, Ägypten zu annektieren oder das Protektorat zu übernehmen. Hätte die englische Regierung seinen Rath befolgt und Gebiete nach Khartum gehandt, so würde Gordon jetzt in Sicherheit in Kairo sein; er könne selbst während der jetzigen Krisis für eine beständige und vernünftige Verwaltung einstehen, wenn man ihm nur freie Bewegung lasse und nicht seine Resignation vorsehe.

Konstantinopol. Offiziell wird gemeldet: Die durch den Suezkanal gehenden, für türkische Mittelmeerbäden bestimmten Provianten aus Indien werden einer Quarantäne unterworfen.

Shanghai. (Kleiner meldung). Bisher unbeküpfte Gerichte besogen, Prinz Kang, der frühere Präsident des austro-türkischen Amtes, habe sich entledigt.

Bukarest. Aus Berichterstattung der bevorstehenden Ankunft des österreichischen Kronprinzenpaars hat der Primas von Rumänien eine Kundmachung erlassen, in welcher er die Bevölkerung ermahnt, sich der Ehre des hohen Besuches würdig zu erweisen. Auf der ganzen Route, welche das kroatisch-prinzliche Paar durch Rumänien nehmen wird, werden die umfangreichen Vorbereitungen für einen feierlichen Empfang getroffen.

Russland. Der Fürst Alexander wird heute nach Varna abreisen, um das morgen früh dasselbe eintrafende österreichische Kronprinzenpaar zu begrüßen.

Berlin, 25. April. Nach einer Meldung aus Port-Saïd ist das Abberdertiel dasselb durch Feuerbrunst zur Hälfte zerstört worden. Viertausend Kuben sind abdachlos. Das Feuer brach gestern Nachmittag im Fehlende, ist aus. Englisches Material hälften bei der Löschung.

SLUB
Wir führen Wissen.